

GRÜNSPIEGEL

informativ • parteilich • aktuell

Januar/Februar/März 2008

Informationen zur grünen Kommunalpolitik
in Stadt und Kreis Ludwigsburg

Ausgabe 34



BORIS PALMER: VERÄNDERUNGEN SIND NICHT EINFACH, ABER ES GEHT

Boris Palmer: „Wir können uns verändern“

Auf dem Neujahrsempfang der Grünen gab es viel Kritik für die Landesregierung

VON JULIA SCHWEIZER

Bereits zum vierten Mal hatte der Kreisverband von Bündnis90/Die Grünen Ludwigsburg zum Neujahrsempfang ins Staatsarchiv geladen. Gastredner war in diesem Jahr der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer.

Begrüßt wurden die zahlreichen Gäste, unter ihnen der Chef der Polizeidirektion Ludwigsburg, Frank Rebholz, und der parlamentarische Berater der Grünen Land-

sozial schwächeren Familien ein Recht auf Chancengleichheit nehmen. Auch beim Thema Landwirtschaft und Gentechnik habe es die Landesregierung versäumt, bürgerfreundliche Regelungen durchzusetzen. Versäumnisse sieht der Abgeordnete aus Bietigheim auch bei der Senkung von CO₂-Emissionen, die im Vergleich zum Kioto-Basisjahr 1990 nicht gesunken sondern gestiegen seien. „Das Land hat eine Milliarde Steuermehreinnahmen, diese aber nicht sinnvoll eingesetzt“, resümierte er.

Mal dies bewusst in derselben Reihenfolge wieder zu machen. Erst beim dritten Mal sollte die Reihenfolge umgekehrt werden – für viele total ungewohnt. „Aber“, beruhigte er, „wir können uns verändern, wenn wir wollen“. So wie er, der bei seinen Terminen in Tübingen oft auf Bus und Rad setzt und seit Amtsantritt vor einem Jahr nur rund 2.500 Kilometer in seinem Dienstfahrzeug zurückgelegt hat. „Dadurch hat Tübingen bei der gleichen Menge OB 85 % CO₂ eingespart!“ Großes Einsparpotenzial steckt seiner Meinung nach



PETRA HEINLE-HETTIG

tagsfraktion, Markus Röbler, von Kreisvorstandsmitglied Petra Heinle-Hettig. Sie zog eine positive Bilanz des vergangenen Jahres und stellte durchgeführte Aktionen und Veranstaltungen vor. Und versprach für 2008 ein noch grüneres und aktiveres Jahr. Dabei hofft sie auf die Unterstützung der Zuhörer: „So wie viele das Gute in jedem Menschen sehen, so sehe ich auch das Grüne in jedem.“

Eine Bilanz für das Land zog der Landtagsabgeordnete Franz Untersteller. „2007 hat gezeigt, dass Oettinger orientierungslos ist“, erinnerte er die Zuhörer an die verunglückte Trauerrede für Filbinger und die Posse um die Kunstverkäufe des Hauses Baden. Das Jahr sei aber auch eines der verpassten Chancen gewesen.

So hätte Oettinger ohne Not freiwillig 950 Millionen Euro für die Bahn-Neubaustrecke nach Ulm versprochen, obwohl dies eigentlich Bundessache sei, oder halte weiterhin am dreigliedrigen Schulsystem fest, welches Kindern aus



FRANZ UNTERSTELLER

Umweltschutz war auch das Thema von Boris Palmer, der sich entsetzt zeigte über den schönen großen Platz vor dem Staatsarchiv, der als „Großparkplatz“ verschwendet werde. Auf solchen Parkplätzen könne man immer öfter den neuen Trend beobachten: „Zum Einkaufen mit zwei Tonnen schweren Geländewagen.“ Die Absatzzahlen dieser Autos, informierte der OB, hätten sich locker verdoppelt. „Die Besitzer können die Zeichen der Zeit noch nicht verstanden haben.“ Und die seien bislang sogar noch unterschätzt worden, zum Beispiel was den bislang prognostizierten Anstieg des Meeresspiegels betrifft. Doch jeder Einzelne könne seinen Teil dazu beitragen, dass der Klimawandel zumindest abgemildert werde. „Gewohnheiten zu verändern, irritiert und erfordert Aufwand und Energie.“ Dass das nicht bloß so dahergesagt sei, zeigte er mit einem Experiment. Er forderte die Zuhörer auf, die Arme zu verschränken, und danach ein zweites



BORIS PALMER

auch in den Gebäuden. Durch die Sanierung eines Gymnasiums spare Tübingen beispielsweise 60.000 Euro Energiekosten im Jahr. Eine lohnende Investition im Vergleich zu den Sanierungskosten. Zudem: „Schulden bei der Bank kann man tilgen, beim Klima nicht.“ Doch ganz so große Investitionen seien oft gar nicht nötig: Steckerleisten für Geräte, die auch ausgeschaltet Strom verbrauchen, sind ebenso sinnvoll wie ein Energiespar-Fahrkurs, wie ihn die städtischen Angestellten in Tübingen mitmachen. „Kleinvieh macht auch Mist!“

VON MARKUS GERICKE

Jetzt wird's ernst. Die Mehrheit im Gemeinderat hat gegen unsere Stimmen den Ausbau der Strombergstraße als Verbindung zwischen Weststadt und Eglosheim beschlossen. Viele Aktive der Schutzgemeinschaft Strombergstraße haben in den letzten Wochen Flugblätter

Umweltzonen sind eine Farce

Keine messbaren Erfolge in Ludwigsburg zu erwarten

VON JURGEN WALTER

Die im Land seit einem Jahr geplanten, wieder verschobenen und mit Ausnahmeregelungen gespickten Umweltzonen bezeichnete Jürgen Walter als reinen Aktionismus. „Die Landesregierung musste zunächst zum Jagen getragen werden und jetzt werden die Umweltzonen völlig verwässert. Dies steht im krassen Gegensatz zum bürokratischen Aufwand, der zur Umsetzung der Maßnahme nötig ist“, sagte Walter. Hauptsache, es wird etwas unternommen und die Bürger könnten nicht mehr wegen Untätigkeit klagen, scheine das Motto der Entscheidungsträger zu sein.

Schon die Regelungen für die sogenannten US-Kats (GT-Kats der ersten Stunde) zeigen, dass größter Wert auf die Schaffung von Ausnahmen gelegt wurde. Schon heute sei abzusehen, dass die Ludwigsburger Umweltzone keinen messbaren Rückgang der Feinstaubimmissionen mit sich bringen werde.

Sinnvoller wäre es nach Auffassung von Jürgen Walter, jetzt schon eine Nachfolgeregelung für Autos zu suchen, die zu schlechte Abgaswerte haben, indem sie nach einer zweijährigen Übergangszeit keine TÜV-Plakette mehr bekommen. Auf ähnliche Weise sei bei Heizanlagen auch vorgegangen worden. Die Energieeinsparverordnung (EnEV) hatte vorge-

schrieben, dass veraltete Heizungsanlagen spätestens Ende 2004 umgerüstet sein müssten. Dieses Verfahren habe gut funktioniert. „Daher fordern wir Grünen, dass den Umweltzonen, die im März in Baden-Württemberg eingerichtet werden, mit Blick auf das Jahr 2010, ab dem mit Nox-Überschreitungen zu rechnen ist, keine weiteren folgen sollen und stattdessen eine solche TÜV-Lösung verfolgt wird.“ Umweltministerin Tanja Gönner solle sich bei der Landesregierung dafür stark machen, eine Bundesrats-Initiative für die TÜV-Lösung einzubringen.

„Der Vorwurf von Frau Gönner, die Grünen seien mit ihrer Kritik an der baden-württembergischen „Light-Version“ der Umweltzonen populistisch, ist absurd“, so Walter. Was Murks ist, müsse auch so benannt werden. „Wenn schon etwas populistisch ist, dann sind es die vielen Ausnahmeregelungen, die die Wirkung der Umweltzonen verpuffen lassen. Statt mehr Rücksicht auf den Verkehr wäre mehr Schutz der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger angesagt“, sagte Walter. Eine gute Idee werde durch die Ausnahmeregelungen zu Grabe getragen. Was im positiven Sinne machbar ist, zeige das Beispiel London, wo seit kurzem konsequent und großräumig gegen die Luftverschmutzung durch ältere Nutzfahrzeuge vorgegangen werde.

Afghanistan

Schnelle Eingreiftruppe in der Partei umstritten

VON INGRID HÖNLINGER

Die Bundesregierung hat am 06.02.2008 beschlossen, für Afghanistan im Rahmen der UN-mandatierten ISAF (International Security Assistance Force) eine schnelle Eingreiftruppe (Quick Reaction Force – QRF) mit 200 Soldaten zur Verfügung zu stellen. Diese Truppe wurde bisher von Norwegen gestellt, das sich ab 01.07.2008 auf andere Aufgaben konzentrieren will.

Innerhalb der Partei ist umstritten, ob die QRF vom ISAF-Mandat abgedeckt ist und damit keiner weiteren Zustimmung des deutschen Bundestages bedarf. Ein Teil der Grünen Bundestagsfraktion, darunter Alexander Bonde und Winfried Nachtwei, geht davon aus, dass dies der Fall ist. Durch die QRF würden weder die vom Bundestag festgelegte Soldaten-Obergrenze noch das Einsatzgebiet oder die Einsatzregeln geändert. QRF sei die einzige Reserve-

und Verstärkungskraft für die Nordregion und sei bisher auch schon unter ISAF geführt worden. Betont wird gleichzeitig der massive Einsatz für einen Strategiewechsel in Afghanistan, der auf eine Stärkung des Wiederaufbaus und zivile Konfliktmechanismen setzt. Ein anderer Teil, darunter Winfried Hermann, meint, dass diese neue Bundeswehreinheit sich durch Ausrüstung, Ausbildung und Auftrag deutlich von den bisher eingesetzten Einheiten unterscheidet und damit zustimmungsbedürftig ist. Hierzu gibt es einen Beschluss des KV Tübingen vom 30.01.2008. Darin werden Bundesvorstand und Bundestagsfraktion aufgefordert, sich für eine neue Abstimmung über die QRF im Bundestag einzusetzen und diesen Einsatz als Fraktion abzulehnen. Hervorgehoben wird auch hier die Notwendigkeit eines Strategiewechsels, weg von militärischen Optionen, hin zu zivilen Lösungen.

Protest gegen Ausbau Strombergstraße

Aktionstag am 19.4. mit Strombergstraßenlauf

VON MARKUS GERICKE

in Eglosheim und der Weststadt verteilt. Der Protest ebbt nicht ab. Seit Anfang des Jahres wird darüber hinaus ein Aktionstag vorbereitet. Dieser soll am 19. April auf Schaf- und Kesseläckern, also rund um die geplante Strombergstraße stattfinden. Geplant ist ein großer Schülerlauf, der Strombergstraßenlauf, den der Weststadtverein orga-

nisiert. Daneben wird es wieder eine Hocketse geben, eventuell auch eine Menschenkette mit Kindergartenkindern. Informationstafeln sollen über die Straßenbaumaßnahmen und ihre negativen Auswirkungen informieren. Informationen bei Stadtrat Markus Gericke, Tel. 688651, markus.gericke@gmx.de oder www.strombergstrasse.de

Die Fraktion blickt auf das Jahr 2007 zurück

Jetzt ist die Katze aus dem Sack: CDU-FWV-SPD-Auto-Koalition will den „Verkehrsentlastungsfonds“ für neuen Straßenbau vorsehen

Die Gemeinderatsfraktion hat auf das Jahr 2007 zurückgeschaut und einige interessante Punkte aus der Stadtpolitik zusammengetragen. Deutlich wird, dass Ludwigsburg noch keine nachhaltige Stadt ist und dass viele aus den anderen Fraktionen die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt haben. Nachstehend ein Auszug aus dem Jahresbericht. Wer den gesamten Bericht lesen möchte, kann sich gerne an die die Fraktion wenden.



MARKUS GERICKE, CHRISTIAN KOPP, ROSWITHA MATSCHINER, ELFRIEDE STEINWAND, SIEGFRIED RAPP UND ANITA KLETT-HEUCHERT

Grün in der Stadt

Mit der Erweiterung der Kleingärten Seeäcker in Eglosheim und dem Beschluss einer Neuanlage auf dem Römerhügel kommen wir dem hohen Bedarf entgegen und sichern so kleine grüne Oasen. Nicht gesichert ist der Erhalt der Kleingärten in der Schlieffenstraße. Da gibt es immer wieder Begehrlichkeiten, diese wichtige Frischluftschneise in ein Gewerbegebiet umzuwandeln. Zum wiederholten Mal hatten wir einen Jubiläumswald beantragt. In einer ehrlichen Stellungnahme bekennt die Stadtverwaltung, dass für den Fall eines solchen Angebots der Bedarf so groß wäre, dass die Stadt dafür keine ausreichenden Flächen hat. Wir freuen uns, dass der Bedarf so hoch eingeschätzt wird und sind der Meinung, dass die Flächen schon da wären, würde weniger Fläche zur Bebauung frei gegeben. Der Vorschlag, BürgerInnen bei Bedarf einen Baum im Bestand pflanzen zu lassen, schadet nicht, trägt aber auch nicht dazu bei, den Waldbestand zu erhöhen, was ja Sinn unseres Antrags war. Dabei scheint sich eine politische Mehrheit für zusätzliche Waldflächen im Stadtgebiet abzuzeichnen.

Die „Tour de Städte 2008“ wird unter dem Motto „Grün in der Stadt“ am 20. September stattfinden. Start ist wie immer 11 Uhr beim Forum.

Mobilität

Jetzt ist die Katze aus dem Sack: der „Verkehrsentlastungsfonds“, gespeist mit 24 Millionen Euro aus

den Erlösen beim Verkauf der Neckarwerke-Aktien ist gar nicht für Maßnahmen zur Entlastung vom Verkehr, sondern nur für neuen Straßenbau vorgesehen. Wir hatten das bei den Haushaltsberatungen thematisiert und von der CDU-FWV-SPD-Auto-Koalition eine klare Aussage dazu erhalten. Mit einer ausgebauten Strombergstraße, bahnparalleler Trasse, neuem Autobahnanschluss LB-Mitte wird der Verkehr aber weiter zunehmen. Für uns Grund genug, diesem Haushalt nicht zuzustimmen. Nur logisch, dass wir mit der Umsetzung des Maßnahmenkatalog für ein Radwegenetz nicht weiter kommen. Die Fortschreibung lag, entgegen dem Versprechen vom Vorjahr, nicht bis zu den Haushaltsberatungen vor (unsere Verkehrsplaner sind ja auch zu sehr mit Straßenplanungen beschäftigt).

Eine endlich wirklich sinnvolle Maßnahme für Radler, die Sicherung der Querung der B27 auf Höhe der Robert-Franck-Allee, sollte kurz vor Jahreschluss verabschiedet werden, fand aber keine Mehrheit. Die Christdemokraten, Freien Wähler und die Vertreterin von LUBU fanden den Vorschlag der Verwaltung nicht sinnvoll. Da urteilen ja genau diejenigen, die damit Erfahrung haben – oder?

Beim Thema „Luftreinhaltung“ sind wir indes immer noch nicht weiter. Im Gegenteil: die Umweltzone wurde so verwässert und die Fahrverbote wurden mit so vielen Ausnahmen versehen, dass das Ganze nur noch als bürokratisches

Monster ohne Auswirkungen bezeichnet werden kann.

Bildung und Betreuung

Hier bewegt sich was! In der Kinderbetreuung läuft eine Qualitäts-offensive, die die ErzieherInnen auf den Orientierungsplan 2009 vorbereitet und den Kindergarten als erste Bildungseinrichtung artikuliert. Dort müssen die Grundlagen für Chancengleichheit in der Schule gelegt werden. Sprachförderung muss verstärkt und damit effizient gemacht werden. Der frühzeitige Kindergartenbesuch wird auch vom Integrationsbeirat aktiv unterstützt, damit eine frühe Förderung erfolgen kann. Leider war unser Antrag nicht erfolgreich, das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu machen, wenn die vorherigen Jahre der Kindergarten regelmäßig besucht wurde. Das Einbeziehen der Eltern ist überaus wichtig und soll durch den Aufbau von Kinder- und Familienzentren erreicht werden. Ziel ist, dass in jedem Stadtteil mindestens eine Kinderbetreuungseinrichtung in ein solches Zentrum umgestaltet wird, damit niederschwellig Hilfe bei Sprach- und Erziehungsschwierigkeiten angenommen werden kann. 2008 wird uns der Schulentwicklungsplan intensiv beschäftigen. Nach den Vorschlägen der Gutachter im vergangenen Jahr, die dem demografischen Wandel und baulichen Gegebenheiten Rechnung tragen, stehen Zusammenlegungen und Umzüge von Schulen zur Disposition. Ebenso gilt es, die Vorschläge der Eltern und SchulleiterInnen zu berücksichtigen. Die Gemeinderatsfraktion der Grünen wird eine Veranstaltung mit der schulpolitischen Sprecherin im Landtag, Renate Rastätter terminieren, denn die Diskussion um den Schulentwicklungsplan darf die Umbildung der gesamten Schullandschaft nicht ausklammern.

Energieversorgung

Das Thema Energieeffizienz, neuer Umgang mit Energie vor dem Hintergrund des Klimawandels war durchaus auch ein wichtiger Aspekt des ausgehenden Jahres. Zum Thema strategische Strompartnerschaft mit den Stadtwerken gab es verschiedene Beratungsrunden mit einer Fülle an unterschiedlichen Informationen und Modellen. Während die Stadtwerke inzwischen den Zuschlag für die Konzession für das Stromnetz in Poppenweiler erhalten haben, sind die Verhandlungen mit EnBW und SÜWAG bzgl. des restlichen Stromnetzes in Ludwigsburg noch nicht abgeschlossen. Ein Erfolg

war der Beschluss im WKV, dass die Stadt ab 2008 30 % ihres Strombedarfs aus erneuerbaren Energien bezieht. Eine weitere Steigerung ist in Aussicht gestellt. Die Stadtwerke steigen mit der Errichtung eines Holzheizkraftwerkes in der Südstadt weiter in die Produktion erneuerbarer Energien ein. Aber alle bisherigen Anstrengungen reichen bei weitem nicht aus. Der Energiebericht 2006 hat deutlich gemacht, dass der Energieverbrauch der Stadt weiter steigt. Statt in den Bestand zu investieren, baut die Stadt die Infra-

struktur weiter aus (z.B. Multifunktionshalle) und erhöht damit den Energiebedarf. Der „Climate Star“, eine Auszeichnung des Klimabündnisses europäischer Städte – Ludwigsburg ist seit 10 Jahren Mitglied – stellte 2007 nachhaltige Mobilität in den Mittelpunkt. Der Verkehr ist die am schnellsten wachsende Quelle für Treibhausgasemissionen und verursacht inzwischen rund 30 Prozent des CO₂-Ausstoßes in Europa. Wir wollten, dass sich die Stadt um diese Auszeichnung bewirbt, um einen Anreiz für umweltfreundliche Mobilität zu schaffen. Das hat die Stadt abgelehnt, da Musterprojekte fehlen. Dafür hat Esslingen den „Climate Star 2007“ gewonnen. Verbal ist die Stadt bei Klimaschutzaktivitäten ganz vorne, bei der Umsetzung fehlt leider noch zu oft der Mut.

Lebendige Innenstadt

Wir waren wieder mal zu euphorisch. Die geplanten und dringend nötigen Änderungen für die Mylius-, Mathilden- und Schillerstraße liegen auf Eis. Die Kreissparkasse hat angekündigt, den Schillerplatz bis zur Diagonale überbauen zu wollen und was macht die Stadt? Sie wartet jetzt erst mal ab! Wir meinen, dass es höchste Zeit wird,

dass die Stadt hier aktiv wird und den Schillerplatz als rechteckigen Platz (ohne Tiefgarage) neu gestaltet. Die Kreissparkasse hat auf dieser öffentlichen Fläche nichts verloren. Auch beim Schulviertel ist die Politik zu feige, klar Farbe zu bekennen. Man kann es eben nicht jedem Recht machen. Beim Schulcampus muss sich die Planung am Bedarf der SchülerInnen orientieren. Immerhin scheint es einen kleinen Gewinn für Fußgänger zu geben. Die Passage in der Seestraße als direkte Anbindung über den Rathaushof zum Kultur-



SCHILLERPLATZ IN LUDWIGSBURG

Zusammenleben von Generationen und Nationen

Der alevitische Kulturverein hat inzwischen eine Unterkunft gefunden. Die Islamische Gemeinschaft Ludwigsburg hat in der Solitudeallee das ehemalige Teppichland gekauft und müht sich redlich um Toleranz. Die Anwohner dagegen praktizieren eine Intoleranz, wie man sie eher Islamisten nachsagt. In der Seniorenarbeit hat sich durch die Arbeit eines Initiativkreises erfreulicherweise die Eigenaktivität verstärkt und in Richtung Selbstbestimmung entwickelt. Die veränderten Bedingungen des Alters sollen in einem Kongress 2008 unter dem Thema „Älter werden in Ludwigsburg“ beleuchtet werden. Der Ausbau von Kleinpflanzheimen in den Stadtteilen wird weiter vorangetrieben und dadurch eine Vernetzung im Sozialraum gewährleistet.

Autofraktionen gegen Fahrradfahren

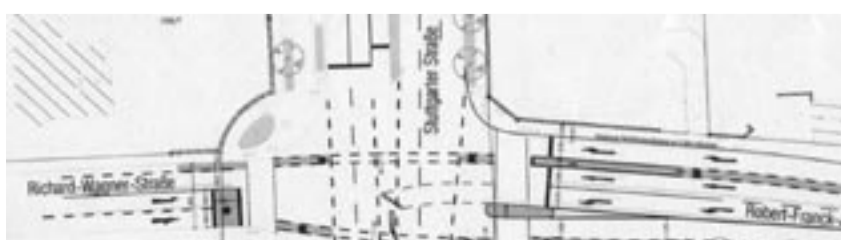
VON ROSWITHA MATSCHINER

Die missliche Situation für RadfahrerInnen in Ludwigsburg ist allgemein bekannt. Deshalb hat der Gemeinderat Ende 2006 nach jahrelangen Diskussionen einen Maßnahmenkatalog zur Verbesserung des Ludwigsburger Radwegenetzes verabschiedet. Bekannt ist aber auch, dass Papier geduldig ist und der beste Maßnahmenkatalog nichts hilft, wenn die dafür notwendigen politischen Entscheidungen nicht umgesetzt werden. Jüngstes Beispiel: Die Stadtverwaltung hat einen Plan vorgelegt,

wie für Radler die heute gefährliche Querung der B 27 von der Robert-Franck-Allee in die Richard-Wagner-Straße verbessert werden kann: Der vorhandene Fahrradweg wird (nur in Westrichtung) auf der Robert-Franck-Allee zwischen Rechtsabbiege- und Geradeausspur zur Ampelkreuzung geführt, quert da auf eigener Spur neben dem geradeaus fahrenden Verkehr die B 27. Aus Richtung Richard-Wagner-Straße erhalten Radler vor der Ampel eine Aufstellfläche, können bei Grün als erstes starten und sich sicher in den neuen Radweg an der Südseite

der Robert-Franck-Allee (bis der Zwei-Richtungs-Radweg an der Nordseite beginnt) einreihen. Da der Autoverkehr mit dieser Maßnahme nicht beeinträchtigt wird, hatten wir große Hoffnung, dass diese Verbesserung auch bei der Mehrheitsfraktion der Autofahrer Zustimmung findet. Aber siehe da, die Autofahrer entdecken plötzlich die Gefahren für Radfahrer, sehen die Sicherheit auch mit dieser Maßnahme nicht gewährleistet und sind der Meinung, dass es ohnehin am sichersten ist, wenn der Radfahrer seinen Drahtesel schiebt und der Umweg über drei Fußgängerampeln durchaus zuzumuten sei. Wer sich mit dem Fahrrad in den Ludwigsburger Verkehr wagt, ist schließlich selber schuld. Wir meinen: höchste Zeit für einen Aufstand.

Wer macht mit? Bitte melden bei Roswitha Matschiner, Tel. 84848 oder matschiner.lb@t-online.de.



Weiterhin Kunst am Monrepos

Vorschläge für zeitlich befristete Kunstwerke gesucht

VON SIEGFRIED RAPP

Vor wenigen Wochen riss die Stadtverwaltung beim Schloss Monrepos das Kunstwerk von Sol LeWitt ab. Die Pyramide sei nach Aussage der Stadtverwaltung nur als zeitlich befristetes Ausstellungsstück vorgesehen gewesen. Der Platz sollte nach Meinung der Grünen im Ludwigsburger Gemeinderat weiterhin der Kunst zur Verfügung stehen. In einem Antrag fordern die Grünen deshalb die Stadtverwaltung auf, ein künstlerisches Nutzungskonzept für dieses Grundstück zu erarbeiten. Die Fraktion der Grünen schlägt vor, jeweils ein auf ein Jahr befristetes Kunstwerk auszustellen, das sich bewusst mit dem vorhandenen Umfeld aus Barock und Moderne auseinandersetzt. Da

Kunst im öffentlichen Raum schon immer Anlass für öffentliche Diskussionen war, bitten wir unsere Grünen-Mitglieder um Ideen und Anregungen, wie dieser Platz am Monrepos weiterhin für die Kunst genutzt werden könnte. (Mail: Siegfried Rapp, info@likom.info).



PLATZ AM MONREPOS

Keine härteren Strafen

Zusätzliche Stellen für Sozialprävention statt „Haudrauf-Politik“

VON EVA MANNHARDT

Die Grünen im Landkreis wollen mehr Geld für die Kinder- und Jugendarbeit ausgeben. Sie dürfe kein Mauerblümchensein fristen und müsse wieder mehr in den Fokus gerückt werden. Die aktuelle Debatte um die Bekämpfung der Jugendkriminalität ist nach Ansicht der Grünen reiner Populismus, weil mit den Ängsten vieler Bürger Politik gemacht werde.

Nicht härtere Strafen sondern eine bessere Förderung von Kindern und Jugendlichen sei die beste Gewaltprävention, betont Daniel Renkonen (Ludwigsburg), Vorsitzender der Grünen-Kreistagsfraktion. Beispielhaft nennt er die Diskussion um die Schaffung von fünf neuen Schulsozialarbeiterstellen in den Berufsschulen des Landkreises. Die Zahl der Stellen sei im Vorfeld mit den Schulen gemeinsam festgelegt worden. CDU und Freie Wähler hätten die Einrichtung der Stellen verhindert, indem sie zusammen mit Landrat Dr. Rainer Haas bei den Etatberatungen im Dezember 2007 plötzlich nur drei Stellen genehmigt hätten. Um so verwunderlicher sei es, dass ausgerechnet jetzt CDU-Politiker härtere Strafen für straffällig gewordene Jugendliche fordern. „Ich kann nicht einerseits bei der Gewaltprävention an Schulen

sparen und andererseits härtere staatliche Repressionen fordern“, wundert sich Daniel Renkonen. Die CDU-Politiker machten sich daher unglaublich. „Es geht letztlich nur darum, mit vermeintlich einfachen Lösungen auf Stimmenfang bei den anstehenden Kommunalwahlen im Jahr 2009 zu gehen, anstatt das Übel an der Wurzel zu packen.“, kritisiert Grünen-Kreisrat Armin Zeeb (Vaihingen/Enz). Hierzu gehöre für ihn auch eine bessere Sprachförderung in Kindergärten und Grundschulen. „Unser gemeinsames Ziel muss es doch sein, die Lebensperspektiven und Berufschancen von deutschen und ausländischen Kindern gleichermaßen zu verbessern. Das geht aber nicht mit einer Haudrauf-Politik.“, fordert der Fraktionsvorsitzende Renkonen. Die Grünen erneuerten ihre Forderung, zusätzliche Schulsozialarbeiter einzustellen, weil diese aus dem Schulalltag nicht mehr wegzudenken seien. „Sie sind vor Ort in den Schulen präsent und können verhaltensauffällige sowie gewaltbereite Jugendliche am Rande des Unterrichts besser betreuen als ein Lehrer, der sich auf den Unterricht konzentrieren muss“, verdeutlicht Grünen-Kreisrätin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Barbara Bader (Erdmannhausen). Damit würden sie eine wichtige präventive Arbeit leisten. Dasselbe gilt nach Ansicht von Bündnis 90/Die

Grünen für die personelle Ausstattung der Beratungsstellen. „Hier wird weiter gekleckert und nicht geklotzt“, stellt Bader fest. So arbeiteten die Psychologischen Beratungsstellen für Kinder- und Jugendliche weiterhin an ihrer Kapazitätsgrenze. „Das Problem gibt es seit Jahren, aber weder unser Landrat noch die Kreistagsmehrheit setzen sich für mehr Personalstellen ein.“, klagt Bader. Jährlich wenden sich über 1800 Personen, die meisten von ihnen Kinder oder junge Erwachsene, Hilfe suchend an die Psychologische Beratungsstelle mit ihren fünf Außenstellen. Zehn Prozent der Klienten leiden nach dem neuesten Jahresbericht unter depressiven Verstimmungen und seien teilweise sogar Suizid gefährdet. Nach Schätzungen der Grünen wären mindestens zwei zusätzliche Fachkräfte für die Psychologische Beratungsstelle des Kreises erforderlich, um die Wartezeiten zu reduzieren. Viele verhaltensauffällige Kinder- und Jugendliche seien auf schnelle, unbürokratische Hilfe angewiesen. „Die meisten der Betroffenen haben wegen ihrer Entwicklungsstörungen große Probleme in der Schule“, verdeutlicht die Grünen-Kreisrätin. Insofern steht für die Grünen-Kreistagsfraktion fest, dass eine gute Präventionsarbeit der beste Weg sei, das Abrutschen von Kindern und Jugendlichen in die Kriminalität zu verhindern.

Gegen Andriof-Brücke

1000 Demonstranten setzen ein leuchtendes Zeichen

VON KARL BURGMAIER

From the west side to the east side, in Anlehnung an den Ohrwurm von Mike and the Mechanics funktionierte unsere Lichterkette vergangenen Sonntag gegen Andriof-Brücke und Nord-Ost-Ring. Vom

hoffen, dass unsere Demonstration die nötige Wirkung entfaltet und den ein oder anderen zum Nachdenken bringt. In zahlreichen Gesprächen der letzten Tage waren wir immer wieder überrascht, wie wenig die Bürger über die Pläne Bescheid wissen.



CHERRY GEHRING, JASMINE FINCKH, KARL BURGMAIER

Westufer des Neckars, beginnend mit der ohrförmigen Auffahrt zur Andriof-Brücke, über den Neckar zum Ostufer hinweg, und dann weiter bis zum Vereinsheim des TV Oeffingen, markierten über 1000 Demonstranten mit Fackeln die insgesamt 3 km lange Strecke zur Anbindung der geplanten Andriof-Brücke an die L 1100 (Aldingen - Mühlhausen) und L 1197 (Neckarrens - Oeffingen). „Wir sagen es mit unserem Licht: wir wollen diese Brücke nicht“ war unser Motto. Veranstalter der Lichterkette waren die ARGE Nordost, die Initiative „Bürger für Remseck“ (www.buerger-fuerremseck.de), die Ortsverbände Remseck und Kornwestheim von Bündnis 90/Die Grünen, der NABU Fellbach sowie der TV Oeffingen. Die Organisation dieser Lichterkette und die Zusammenarbeit der Veranstalter hat prima geklappt und sehr viel Freude gemacht. Allen, die bei der Organisation mitgeholfen haben und vor allem auch allen Bürgern, die dieses leuchtende Zeichen gegen die Brückenpläne gesetzt haben, ein herzliches Dankeschön. Bleibt zu

Unsere Argumente gegen die Andriof-Brücke:

- * Erhaltung eines wertvollen Naherholungsgebiets für die Menschen statt Zerschneidung
- * Wir brauchen keine neuen Straßen, die noch mehr Verkehr nach Remseck bringen
- * Verdopplung des Verkehrs auf der Westtangente Aldingen beeinträchtigt Lebensqualität in Aldingen und Pattonville
- * Andriof-Brückentorso bringt neue Staus westlich von Aldingen
- * Andriof-Brücke bringt in Nord-Süd-Richtung zu wenig Verkehrsentslastung in Neckargröningen und Neckarrens

Unsere Alternativen:

- * Billinger-Brücke in der ursprünglichen Form (nicht in den Monster-Varianten des Regierungspräsidiums) im Bereich Abzweigung L 1100/Neckarstraße (Bereich Lidl in Aldingen)
- * Pfortnerampeln, die den Verkehr außerhalb der bewohnten Ortsteile stauen (Vorbild Pfortnerampel in Mühlhausen beim McDonald)
- * Stadtbahn Ludwigsburg-Waiblingen

ÖPNV-Anteil muss deutlich steigen

Die Kreistagsfraktion der Grünen stellt ihre Forderungen zum ÖPNV vor

VON DIRK WERHAHN

Mittwoch Abend 19.30 Uhr im Ratskeller findet die Kreismitgliederversammlung zum Thema ÖPNV statt. Die Stühle reichen nicht, so viele sind gekommen. Daniel Renkonen, Fraktionsvorsitzender der Grünen Kreistagsfraktion stellt die Forderungen der Fraktion vor: Derzeit nutzen nur 15 % im Kreis Ludwigsburg den ÖPNV und das muss sich ändern:



DANIEL RENKONEN

„Die Fraktion hat das Ziel 25 % ÖPNV.“ Dies kann laut Renkonen gelingen, wenn alle Haupt- und Teillorte im Landkreis von 5 bis 24 Uhr an den ÖPNV angebunden werden. Außerdem soll so schnell wie möglich die Stadtbahn von Markgröningen über Ludwigsburg realisiert werden. Auch die Strohgebahn soll in regionaler Trägerschaft weiter betrieben werden.

Daniel Renkonen schildert die aktuelle Situation für die Vergabe des S-Bahnverkehrs. Nachdem zwei mögliche Anbieter abgesprungen sind - unter anderen wegen Unsicherheiten, die durch Stuttgart 21 entstehen - kann nun der Verband Region Stuttgart nur noch mit der Deutschen Bahn AG verhandeln. Um hier nicht in eine noch schlechtere Verhandlungsposition zu kommen, verlangt die Grünenfraktion eine Sollkostenrechnung.

Thomas Hachenberger (Geschäftsführer der VVS) berichtet, dass 2007 ein Rekordjahr gewesen sei: 350 Mio. Umsatz und 321 Mio. Fahrten. Zukünftig soll verstärkt Marketing für Busse betrieben und neue Marken für den Freizeitverkehr entwickelt werden. Er kündigt auch jetzt schon neue Tarife für 2009 an, denn die Energie- und Personalkosten steigen. Jürgen Vogt (Verkehrsdezernent im Landratsamt Ludwigsburg) teilt mit, dass die Machbarkeitsstudie für die Stadtbahn Markgröningen bis Remseck demnächst vorliege und dann mit den Gremien vor Ort besprochen werde. Jürgen Walter (MdL) fordert den Landrat auf, sich verstärkt dieser Sache anzunehmen und sich aktiv für den Bau der Stadtbahn bei den Gremien einzusetzen. Ronald Bäuerle (LVL) freut sich sehr, dass die Grünen das Thema ÖPNV auf der Tagesordnung haben, denn er vermisste die öffentliche Diskussion hierüber. Aus seiner Sicht hängt der aktuelle Modal Split (Verteilung eines Transportaufkommens auf verschiedene

Verkehrsträger) auch damit zusammen, dass viele aus der Region Franken sich nicht in den Zug, sondern - aufgrund der nicht abgestimmten Tarife - lieber ins Auto setzen.

Intensiv werden die Ausführungen von den anwesenden Mitgliedern diskutiert. „Vergesst beim Marketing die Schüler nicht - die haben nämlich keinen guten Eindruck von dem ÖPNV und sind froh wenn sie 18 sind und Auto fahren dürfen.“ und „Wir Grünen müssen das Thema wieder mehr in den Vordergrund bringen.“ Eva Mannhardt (Kreistagsfraktion) hebt nochmals hervor, dass die Strohgebahn eine regionale Aufgabe sein müsse und somit auch eine bessere Nutzung erfahren könne. Josef Matschiner (Fraktionsmitglied Verband Region Stuttgart) bestätigt dies und sieht auch die Möglichkeit, dass die Region die Strohgebahn übernimmt; aber die Kreise müssen ihre Zuständigkeit abgeben. Er macht weiterhin deutlich, dass die CDU und die Freien Wähler einen Ausbau des ÖPNVs verhindern. So kann es aus seiner Sicht nicht sein, dass die höheren Einnahmen nicht den Nutzerinnen und Nutzern zu gute kommen, sondern die Mehreinnahmen dazu genutzt werden, die staatlichen Zuschüsse zu kürzen. Darüber hinaus wird gefordert, dass Anbindungen wie die nach Freudental oder Pattonville verbessert werden. Auch die Bottwartalbahn solle nochmals geprüft werden. Der Abend zeigt: ÖPNV ist ein grünes Thema - wir verstehen etwas davon - 25 % ÖPNV-Anteil!

Klimaschutz ein Fremdwort

„Verband Region Stuttgart“ (VRS) fliegt ohne Kompensation für die CO₂-Emissionen zur Klimakonferenz

VON ILSE MAJER-WEHLING

Die Kreistagsfraktion der Grünen hat in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses im Februar beantragt, für die im April geplante Reise einer Delegation des VRS zu einer Klimakonferenz in die USA eine Kompensation für die CO₂-Emissionen des Fluges zu zahlen. Was im Umweltministerium in Stuttgart und Berlin möglich ist, ist der Mehrheit im Wirtschaftsausschuss und im Verband Region Stuttgart jedoch kein Gedanke wert, nämlich für die entstehenden Klimawirkungen beim Fliegen eine Kompensation in Form einer geringen Abgabe zu zahlen. Für ca. 3 Tonnen Emissionen sollte nach unserem Antrag pro Person gerade einmal 77 EUR in ein Klimaschutzprojekt, z.B. über „Atmosfair“, gegeben werden. Der Kommentar aus der CDU „Soll doch jeder selber zahlen“ ist symptomatisch für die Haltung der Mehrheit im Wirtschaftsausschuss zum Klimaschutz.

Auch die kurze Begründung der Verwaltung, das Instrumentarium von Gesellschaften zur Kompensation von klimaschädlichen Gasen sei von zweifelhafter Wirk-

samkeit, war für uns nicht nachvollziehbar. „Atmosfair“ ist bekanntermaßen eine gemeinnützige GmbH, die aus einem Forschungsprojekt des Bundesumweltministeriums 2005 u.a. unter der Schirmherrschaft von Klaus Töpfer entstanden ist und mit der mittlerweile viele Verwaltungsebenen in Sachen CO₂-Kompensation von Dienstflügen zusammenarbeiten. Die aus unserer Sicht deutliche „Verhinderungspolitik“ schon kleiner Maßnahmen, statt dessen eine Ansammlung von Ankündigungen, hat zu einer kurzen Pressemitteilung mit der Überschrift „Klimaschutz hat im VRS keine Chance“ geführt. Die Verbandsverwaltung war nicht amüsiert. Sie hat uns aber ein Gespräch zum Thema im „Doppelpack“ angeboten; d. h. Herr Dr. Steinacher und der Verbandsvorsitzende Thomas Bopp werden in unsere Fraktion kommen. Wir haben das Angebot gerne angenommen und sind gespannt, ob wir über diese Schiene im Hinblick auf konkrete Klimaschutzziele für den Bereich der Region Stuttgart etwas bewirken können. Schließlich sind alle unsere diesbezüglichen Anträge in den letzten Jahren abgelehnt worden.



DIE REFERENTEN V.R. JÜRGEN VOGT, THOMAS HACHENBERGER, RONALD BAUERLE

Biomasse „Klimaretter oder Strohfeuer?“

Kongress des Landesverbandes, 26.01.2008, Stuttgart

Der Landesverband hat zum Biomassekongress eingeladen. Die Einladung verspricht ein spannendes Programm: Energie klimaneutral nutzen – die Kernidee hinter der Verwendung von Biomasse als Energieträger ist bestechend. Ob Holz, Mais, Getreide, Zuckerrüben, Raps, Bioabfälle oder Exkremente – Biomasse soll als ökologische Energiequelle dienen. Dabei kann sie als Kraftstoff oder zur Erzeugung von Strom und Wärme eingesetzt werden. Hauptvorteil der Bioenergie ist ihre gute CO₂-Bilanz: Energiepflanzen entziehen

der Atmosphäre während ihrer Wachstumsphase die CO₂-Menge, die bei ihrer Verbrennung wieder frei wird. Biomasse scheint daher für eine ambitionierte Klimaschutzstrategie unverzichtbar. Dennoch: Die Bioenergie birgt nicht nur Chancen, sondern auch Risiken. Hochkarätige ReferentInnen beleuchten in Stuttgart den Einsatz von Biomasse als Energieträger. Auch aus dem Kreisverband waren einige Mitglieder anwesend. Uta Hermenau und Roswitha Matschiner berichten.



JOACHIM NITSCH (ENERGIEREFERENT DES LANDESNATURSCHUTZVERBANDES), FRANZ UNTERSTELLER (MdB) UND SYLVIA KOTTING-UHL (MdB)

VON UTA HERMENAU

Nachwachsende Rohstoffe sollen dazu beitragen, die Folgen des Klimawandels abzuschwächen. Aber Biomasse ist keinesfalls eine unbegrenzt verfügbare Ressource. Eine Konkurrenz zwischen Nahrungsmittel- und Energiepflanzenanbau ist unvermeidbar, was u.a. zu weltweit steigenden Agrarpreisen führt. In Deutschland lässt sich der Anbau von Biomasse, der zur Zeit auf 1,6 Mio. Hektar erfolgt, bis zum Jahr 2030 höchstens auf bis zu 4 Mio. Hektar ausweiten. Damit kann die Biomasse nur 10% unseres Primärenergiebedarfs decken. Wir sollten also abwägen, wofür wir die begrenzte Biomasse einsetzen. Weitgehende Einigkeit unter den Wissenschaftlern herrscht darüber, dass die stationäre Nutzung von Biomasse zur Strom- und Wärmeerzeugung durch Anwendung effizienter Techniken wie Kraft-Wärme-Kopplung einen guten Wirkungsgrad besitzt und daher klimaförderlich sei. Die Klimabilanz beim Einsatz von Biomasse als Treibstoff wird jedoch äußerst kontrovers diskutiert. Der Nobelpreisträger

Crutzen hat aufgezeigt, dass der aus Rapsöl hergestellte Biodiesel aufgrund seiner energieaufwendigen Herstellung und des bei der Düngung freiwerdenden Lachgases, das 300-mal treibhauswirksamer sei als CO₂, eine eindeutig negative Klimabilanz besitzt.

Andere Energieträger zur Herstellung von Biotreibstoffen wie Zuckerrohr (Bioethanol) und Palmöl (Biodiesel) wachsen hauptsächlich in den Tropen (Brasilien, Indonesien), wo für Plantagen Teile des Regenwaldes gerodet werden. In diesem Fall müssen wir uns wie Prof. Heißenhuber, Referent des Kongresses, fragen, ob es nicht wirkungsvoller wäre, direkt in den Erhalt des Regenwaldes zu investieren, anstatt mit riesigen technischen Aufwand in Europa die CO₂-Bilanz durch importierte Biotreibstoffe verbessern zu wollen. Damit Biomasse die Folgen des Klimawandels abschwächen kann, muss eine umweltverträgliche und nachhaltige Biomasseproduktion in eine globale Energiewende eingebettet sein. Das Ziel einer Substitution der knapper werdenden fossilen Energieträger durch nachwachsende Rohstoffe führt in eine

Sackgasse, solange der Energiekonsum beibehalten bzw. gesteigert wird. Notwendig ist die Steigerung der Energieeffizienz, sowie die drastische Senkung des Energieverbrauchs durch veränderte Konsum- und Mobilitätsmodelle.

VON ROSWITHA MATSCHINER

Der Referent Baumann betont, dass an erster Stelle die Reduktion des derzeitigen Energieverbrauchs stehen muss. Mit technischen Entwicklungen muss die Energieeffizienz gesteigert und die Nutzung erneuerbarer Energien ausgebaut werden. Dabei habe die Nutzung von Biogas durchaus auch Vorteile, wenn bestimmte Regeln beachtet werden. So sei auf landwirtschaftlichen Flächen, wo Pflanzen nicht mehr für Lebensmittel oder Tierfutter, sondern für energetische Nutzung verwendet werden, der Einsatz von Düngemitteln zurück gegangen (Unkraut stört bei der energetischen Nutzung nicht). Stillgelegte landwirtschaftliche Flächen könnten für Kurzumtriebsplantagen genutzt werden. Dabei handelt es sich um Niederwald, in dem Holz

als schnell nachwachsender Rohstoff wächst. Auch Mischkulturen und alte Kultursorten (Topinambur, Mais, Mohn und Weizen) würden sich als Energielieferanten eignen. Strohhalme, die bisher ein biologisch minderwertiges Abfallprodukt sind, können in Heizkraftwerken Energie liefern.

Für eine nachhaltige Nutzung müssten folgende Forderungen unbedingt berücksichtigt werden:

- die Fläche pro Pflanzenart muss begrenzt werden
- Einhaltung einer mindestens dreijährigen Fruchtfolge
- kein Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen (GvO)
- Verzicht auf Umbruch und Intensivierung
- Verzicht auf Pestizide
- kein Anbau in ökologisch sensiblen Gebieten
- hoher Wirkungsgrad (z.B. in BHKW), deshalb kein Ausbau der Verwendung für Kraftstoffe (Biodiesel), da zu ineffektiv
- Honorierung von ökologischen Zusatzleistungen
- Verzicht auf Palmöl und Importe
- die Forschungsaufwendungen müssen erhöht werden

Neues aus dem Netz

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dieser Ausgabe melde ich mich wieder zurück und werde hier auch in Zukunft wieder „Web-Tipps“ zu grünen Themen vorstellen. Viele von Ihnen werden das Internet-Portal www.wahlomat.de kennen und vielleicht auch schon ausprobiert haben, wo er/sie politisch steht. Seit ein paar Wo-

chen gibt es nun den www.grueno-mat.de. Hier können nicht nur grüne Mitglieder testen, wie nah oder fern sie grüner Programmatik stehen. Nun jedoch vom Spiel zur Wirklichkeit: Auf der Seite www.gruenes-klima.de finden sich nützliche Tipps rund ums Klima. Unter anderem auch eine Studie zu den Finanzgebaren der Stromkonzerne, aber auch Tipps,

wie Energie eingespart werden kann. Wer möchte nicht sein ganzes Leben lang selbst bestimmt leben und arbeiten? Normalerweise ist das zum Glück auch der Fall. Sobald ein Mensch jedoch krank bzw. behindert ist oder wird kann sich das schnell ändern. Dann ist man plötzlich auf fremde Hilfe angewiesen, um die einfachsten Dinge des täglichen Lebens zu bewältigen. Menschen mit Behinderung wollen ein Leben in Selbstbestimmung führen. Deshalb wurde im Jahr 2004 der Verein Selbstbestimmtes Leben im Kreis Ludwigsburg gegründet. Dieser ist im Internet unter www.selbstbestimmteleben.org erreichbar. Wer aktuelle Nachrichten zur Behindertenpolitik, vor allem von unabhängigen Verbänden lesen möchte, sollte auf www.kobinet-nachrichten.org nachschauen.

Zum Schluss noch der Hinweis auf die Seite www.grueneludwigsburg.de. Dahinter verbergen sich die Seiten der Ortsverbände, des Kreisverbandes, der Gemeinderatsfraktion Ludwigsburg und die Seite der grünen Ökostromkampagne des Kreisverbandes. Nicht zu vergessen auch unsere beiden Landtagsabgeordneten Franz Untersteller und Jürgen Walter sind über dieses Portal erreichbar sind. Viel Spaß beim Surfen. Max Bleif

U33

VON JULIA SCHWEIZER

Zufällig genau 33 Grüne fanden sich am 2. März zur Neuauflage des U33-Netzwerks ein. Ziel soll sein, den Parteimitgliedern unter 33 Jahren eine Stimme zu geben und die junge Sicht auf Themen zu zeigen. Beim ersten Treffen waren dies Wirtschaft und Existenzgründung. Initiiert hatte es der Landesvorsitzende Daniel Mouratidis. Gekommen waren u.a. die wirtschaftspolitische Beraterin der Landtagsfraktion Andrea Lindlohr und die Bundestagsabgeordnete Alex Bonde, ein „U33-Veteran“, und Gerhard Schick. Dieser bot einen Einblick in die Diskussion um die Grüne Marktwirtschaft mit dem Ziel, Strukturen zu dezentralisieren, und damit auch Existenzgründungen zu erleichtern. Dabei gibt es noch viel zu tun: Zwei junge Gründer eines Tonstudios erzählten von ihren Hürden, fehlender Förderung für zuvor Festangestellte, zurückhaltenden Banken und der ersten Betriebsprüfung, bei der sie ohne die Hilfe eines Profis gescheitert wären. Sie haben es trotz allem geschafft und ihr Unternehmen nach 14 Monaten in die Gewinnzone gebracht. Viel zu tun gibt es auch noch für das U33-Netzwerk. Weitere Treffen sind geplant. Infos zum Netzwerk gibt es bei kv.ludwigsburg@gruene.de



MAX BLEIF, DIRK WERHAHN, UTA HERMENAU, JULIA SCHWEIZER

Grünspiegelredaktion

Die neue Grünspiegel-Redaktion, das sind Uta Hermenau (für den Ludwigsburger Gemeinderat), Julia Schweizer (für den Kreisverband), Max Bleif (für die Mitglieder) und Dirk Werhahn (für den OV Ludwigsburg).

Um uns die Arbeit zu erleichtern, möchten wir alle Autorinnen und Autoren bitten, auch an passende Fotos zu denken, oder uns vorher

anzukündigen, dass ein entsprechender Artikel kommt, damit wir uns Gedanken zur Bebilderung machen können. Bitte achtet auch auf eine entsprechend hohe Auflösung, denn sonst können wir das Foto nicht beliebig vergrößern. Und ansonsten gilt: gruenspiegel@gmx.de hat Platz für eure Texte und Fotos und freut sich darauf!

TERMINE

19.04.08 Aktionstag mit Strombergstraßenlauf - der Protest gegen den Ausbau der Strombergstraße geht weiter.

23.04.08, 19:00 Uhr, OV-Vorstandstreffen im Ratskeller Ludwigsburg

06.05.08, 18 Uhr, TurmForum, Stuttgart: Das neue Unterhaltsrecht (ladies lunch on tour - für women only) Info und Anmeldung: www.boell-bw.de

Termine an gruenspiegel@gmx.de

Regionalplan

VON JOSEF MATSCHINER

Am 27. Februar hat die Regionalversammlung den Entwurf der Fortschreibung des Regionalplans beschlossen. Er wird nun zur Anhörung an die Gemeinden und Verbände verschickt.

Wir stehen vielen Planungen eher ablehnend gegenüber. Die drei Mitglieder der Grünen Regionalfraktion aus dem Kreis, Ilse Majer-Wehling, Dr. Peter Valet und Josef Matschiner bieten den Grünen Gemeinderäten und Interessierten Gespräche über den Entwurf an. Wer einen Termin vereinbaren oder Informationen weitergeben möchte, kann sich an mich wenden: matschiner.lb@t-online.de

Impressum GRÜNSPIEGEL

Zeitschrift des Kreis- und Ortsverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ludwigsburg. Der GRÜNSPIEGEL ist kostenlos erhältlich. Der Versand kostet für Nichtmitglieder im Jahr 18 Euro im Kreis, 26 Euro bundesweit. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber/Anschrift der Redaktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Ludwigsburg,
Ortsverband Ludwigsburg
Im Umland, Umlandstraße 21
71638 Ludwigsburg
Tel: 07141-927926
Fax 07141-905194
buer@gruene-ludwigsburg.de
www.gruene-ludwigsburg.de
KontoNr: 253074029, Volksbank Ludw.
BLZ 604 901 50, KV Ludwigsburg

Redaktion (ViSdP), Layout und Gestaltung, Anzeigenkoordination
Uta Hermenau, Julia Schweizer,
Max Bleif, Dirk Werhahn
gruenspiegel@gmx.de

Druck
Druckerei Ratz, Schönaich

Ausgabe
Januar/Februar/März 2008

Auflage
700

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Kreis- oder Ortsvorstandes wieder. Für den Inhalt der gekennzeichneten Artikel sind die AutorInnen verantwortlich.

